

zur Kenntnissnahme, und in so fern das Reichs-Interesse dabei betheiligt ist, zur Bestätigung vorzulegen. §. 11. Der Kaiser beruft und schließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volkhaus aufzulösen. §. 12. Der Kaiser hat das Recht des Gesetzesvorschlags. Er übt die gesetzgebende Gewalt in Gemeinschaft mit dem Reichstage unter den verfassungsmässigen Beschränkungen aus. Er verkündigt die Reichs-Gesetze und erläßt die zur Vollziehung derselben nöthigen Verordnungen. §. 13. In Strafsachen, welche zur Zuständigkeit des Reichs-Gerichtes gehören, hat der Kaiser das Recht der Beanadigung und Strafmilderung, so wie der Amnestirung. Das Verbot der Einleitung oder Fortsetzung einer einzelnen Untersuchung kann der Kaiser nur mit Zustimmung des Reichstages erlassen. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Reichs-Ministers kann der Kaiser das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen ist, darauf anträgt. Zu Gunsten von Landes-Ministern steht ihm solches Recht nicht zu. §. 14. Dem Kaiser liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob. §. 15. Der Kaiser hat die Verfügung über die bewaffnete Macht. §. 16. Ueberhaupt hat der Kaiser die Regierungsgewalt in allen Angelegenheiten des Reiches nach Maßgabe der Reichs-Verfassung. Ihm stehen als Träger dieser Gewalt diejenigen Rechte und Befugnisse zu, welche in der Reichs-Verfassung der Reichs-Gewalt beilegt und dem Reichstage nicht zugewiesen sind. — Der Reichsrath Art. I. §. 1. Der Reichsrath besteht aus Bevollmächtigten der deutschen Staaten. Jeder im Staatenhause vertretene Staat oder Staatenverband ernannt dazu ein Mitglied mit Ausnahme der vier freien Städte, welche gemeinsam ein Mitglied senden. Die Ernennung der Mitglieder des Reichsraths geschieht durch die Regierungen der betreffenden Staaten und Staatenverbände. §. 2. Der Reichsrath bildet ein begutachtendes Collegium. Derselbe hält seine Versammlungen am Sitze der Reichs-Regierung. Den Vorsitz im Reichsrathe führt der Bevollmächtigte des größten deutschen Staates, dessen Regent nicht das Reichs-Oberrhaupt ist. §. 3. Die Beschlüsse des Reichsrathes werden durch Stimmenmehrheit gefaßt. §. 4. Die Reichs-Minister sind berechtigt, den Sitzungen des Reichsrathes beizuwohnen oder sich in denselben durch Commissarien vertreten zu lassen. §. 5. Dem Reichsrathe sind die Gesetz-Entwürfe, welche die Reichsregierung bei dem Reichstage einbringen will, zur Begutachtung vorzulegen. Der Reichsrath hat sein Gutachten binnen einer jedesmal von der Reichsregierung zu bestimmenden Frist zu erstatten. Wird diese Frist nicht eingehalten, so ist die Reichsregierung hierdurch an dem Einbringen des Gesetz-Entwurfes bei dem Reichstage nicht behindert. §. 6. Die Reichsregierung ist befugt, in allen Fällen, in welchen es ihr angemessen erscheint, das Gutachten des Reichsrathes einzuziehen.

* **Kurbessen.** — Uns ist es ergangen wie unschönen Menschen, die doch immer noch irgend eine Kleinigkeit an sich zu bemerken meinten, wodurch sie sich vor Anderen auszeichneten; und so weit meine Erfahrung geht, hat auch Jeder einen eigenthümlichen Vorzug, sei es auch nur eine schöne Nasenspitze, einen reizenden Mundwinkel oder einen niedlichen Finger. Wir Kurbessen rühmten uns. Euch Preußen gegenüber, unserer freisinnigen Verfassung, die wir in dem gepriesenen Jahr 1830 erkämpft hatten. Aber trotz der Constitution hatten wir einen Absolutismus, der nicht leicht irgendwo seines Gleichen finden wird. Da ihr Preußen nun eine Constitution erhalten habt, welche über unsere hinausragt, so ist uns das Rühmen unsrer papiernen Freisinnigkeit vergangen, und wir fühlen recht das Glend eines kleinen Staates. Es versteht sich ganz von selbst, daß wir uns aus diesen Jammer herausheben und als Glied eines großen Ganzen unser Herz und unsern Gesichtskreis zu erweitern wünschen. Wie wir Hessen, so sollten alle Ländchen mit ihrer verknöcherten oder hölzernen Kleinstädterei die Einheit unsers deutschen Landes begehren und an seiner Spitze ein mächtiges Haupt, (natürlich aus dem Hause Hohenzollern). Dieß unser Streben, aus der politischen Nullität uns zu erheben, wird hoffentlich jeder lebendige Mensch für edel halten. —

Vom Main, 30. Dec. Sicherm Vernehmen nach hat sich jetzt, außer dem Könige von Württemberg, auch der Herzog von Nassau für die Preussische Erbkaiferwürde erklärt. — Ebenso berichtet der „Korresp. von u. für Deutschl.“ aus Nürnberg: Der Bürger-Verein für Freiheit und Ordnung hat in seiner gestrigen Versammlung den Beschluß gefaßt, sich an den französischen constitutionellen Kreis-Verein zu wenden, damit in möglichster Bälde eine gemeinsame Eingabe aller constitutionellen Vereine Frankens an die Krone erzielt werde, worin das Befremden ausgesprochen wird, welches die neueste Minister-Krise im Lande erregt habe. Es soll darin gesagt werden, daß auch die constitutionellen Vereine augenblicklich in die entschiedenste Opposition gegen die Regierung treten müßten, so wie es den Anschein bekomme, daß man auf reactionäre Maßregeln denke, mit andern Worten, daß man sich den Beschlüssen der Majorität der National-Versammlung nicht fügen und die März-Erregenschaften nicht in voller Ausdehnung verwirklichen wolle.

* **Von der Weser.** — Das Ländchen Kurbessen ist seit einigen Wochen in Spannung über seine fünf Minister. Wer Vernunft hat, wundert sich, daß wir (so etwa 700,000 Seelen) fünf Minister ernähren. Dazu haben wir einen Landtag, der sehr wichtig thut. Aber der Mai dieses Jahres hat alle deutsche Ländchen an Frankfurt gebunden, und die nächste Zeit des neuen Jahres wird uns an das Reichsoberhaupt weisen, um uns aus unsrer lächerlichen Wichtigthuererei zu erlösen. — Die Freunde und Freundinnen des jetzigen Ministeriums fabriciren Vertranens-Adressen: das neue Wahlgesetz nämlich, welches der gute, wohlmeinende Minister Eberhard dem Landtage vorgelegt hatte, wurde bei ent-

schiedener Minderheit der Anhänger verworfen; ein Schicksal, welches dem Gesetzesvorschlag mit volstem Rechte geworden ist: er ist unendlich weniger freisinnig und volksthümlich, als das Preussische Gesetz über die Landtagswahlen. Nun meint man, das jetzige Ministerium müsse abtreten, wie solches in England geschehen muß. Kurbessen und England! Als die Badische Kammer weiland so großmächtig that, als müsse sie mit ihrer freisinnigen Wucht die Welt aus den Angeln heben, damals haben die politischen Blätter Englands sich mit Lachen und Scherzen über die Badischen Weltstürmer ein Gütchen gethan; ein Glück, daß wir den Engländern so gut wie ganz unbekannt sind. — Soll ich meine Meinung aussprechen, so muß ich offen bekennen: es ist ein Unglück für unser Ländchen, wenn das Ministerium abtritt, und ein eben so großes Unglück, wenn dasselbe bleibt: papierne, halb-freisinnige Gesetze hat uns das Jahr 1848 in Hülle und Fülle gebracht. Aber, aber, Gesetze machen das Glück eines Landes nicht aus, sonst wäre Deutschland das glücklichste Land der Welt; der Mensch, der lebendige, von Rechtschaffenheit durchdrungene, von tugendhafter Sitte geleitete, das Leben und die Menschen kennende, der von kräftigem, frischen Willen angetriebene Mensch, gestützt auf gute Gesetze, hat neu belebende Kraft. Belebende Kraft haben alle unsere fünf Minister nicht; und das papierne Wohlmeinen des grünen Tisches hat nur einschläfernde Wirkung. Man nennt doch unsere Minister liberal; schöpferisch liberal und phrasenhaft liberal ist wohl zweierlei, und darum sind unsere Gesetze aus neuester Zeit meistens todtegeborene Kinder.

Mainz, 30. Dec. So eben erhalten wir die traurige Botschaft, daß unser hochwürdigster Bischof und geistlicher Vater, Herr Hr. Petrus Leopold Kaiser, heute Morgen um 10 Uhr verschieden ist. Der hochwürdigste Herr war schon längere Zeit leidend und auf den Tod vorbereitet; daß derselbe aber so schnell erfolgen würde, erwartete Niemand. Der Verstorbene war sechzig Jahre alt; dreizehn Jahre hindurch (seit 1835) hat er auf dem bischöflichen Stuhl gesessen. Nur etwa acht Tage hat er das Bett hüten müssen. Zu Anfang der vorigen Woche ist er zuletzt ausgegangen, wo er im Dom der Predigt des Pfarrers v. Ketteler bewohnte und Tags darauf diesem Geistlichen, der hier noch in aller Munde ist, einen Besuch machte. Vor neun Tagen hat er noch — in seiner Hauskapelle — vier junge Geistliche ordinirt. Schon lange aber hatte er an großer Schwäche gelitten, auch gar wenig genossen, so daß man sich wunderte, wie es hinreichen könne, ihn zu erhalten. Ich höre, daß er zuletzt Brustwassersucht gehabt habe; auch sei eine Hirnauflösung hinzugekommen. — Wie man sich denken kann, ist schon jetzt davon die Rede, wer wohl sein Nachfolger sein werde. Zwei Namen sind es, die man dabei nennen hört: Herr Domcapitular Fennig und Herr Pfarrer Ketteler. W. M.

Ueber Aufhebung der bauerlichen Erbfolge in Westphalen.

Wie in hiesiger Gegend, so in den übrigen Theilen der jetzigen Provinz Westfalen wurden die Bauerngüter nach besondern Gesetzen und Herkommen (Erbfolgeordnung) vererbt. Darnach wurden die Bauerngüter, wenn der Hof ledig geworden war, nicht unter die Hofesfinder oder andern Erben vertheilt. Einer derselben (Anerbe) überkam das väterliche Erbe ungetheilt; die übrigen erhielten Abfindungen in Geld (Brautstücke) und eine Ausrüstung. Die Höfe wurden auf diese Weise von Alters her abgerundet und ungetheilt erhalten. Mit der Einführung der französischen Gesetze (1808) verlor diese hergebrachte Erbfolgeordnung ihre Geltung. Als nach Auflösung des Königreichs Westfalen die Preuß. Gesetzgebung wieder eingeführt war (1815), wurde im Gesetze vom 21. April 1825, wodurch die zerrütteten Rechtsverhältnisse zwischen Gutsherrn und Bauern geordnet werden sollten, §. 37. die alte Erbfolgeordnung für diejenigen bauerlichen Besitzungen wieder gestellt, welche dem Heimfallsrechte noch unterworfen waren. Für diejenigen Bauerngüter, welche von dem gutsherrlichen Verbande frei waren, galten jetzt die Erbgesetze des Preuß. Allg. Landrechts, wonach Theilung unter mehreren Erben stattfindet, wenn ein Anderes durch Verträge oder Testament nicht bestimmt ist. Für diese freien Bauerngüter wurde durch das Gesetz vom 13. Juli 1836 eine neue Erbfolge angeordnet, während die alte Erbfolgeordnung für die dem Heimfallsrechte unterworfenen Bauerngüter bestehen blieb.

Durch die Verordnung vom 18. December v. J. ist das Gesetz vom 13. Juli 1836 nebst dem §. 37 des Gesetzes vom 21. April 1825 wieder aufgehoben. Demnach giebt es für die Bauerngüter keine besondere Erbfolgeordnung mehr und folglich auch kein Anerbenrecht und was damit zusammen hängt. Jedes Hofeskind ist mit den übrigen gleichberechtigt. Die Bauerngüter kommen nach den für sie jetzt geltenden Bestimmungen des Allg. Landrechts unter den Erben zur Theilung. Wir halten es für Pflicht, die Bauern, welche ihr Gut nach der alten guten Ordnung ungetheilt erhalten wissen wollen, darauf aufmerksam zu machen.